



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

„Flagge gezeigt“ für Demokratie und gegen Rassismus hat die SPD zusammen mit vielen Stuttgarterinnen und Stuttgartern am vergangenen Sonntag. Danke an alle, die mitgeholfen haben, ein starkes Signal zu setzen. Wir haben ein offenes Klima in unserer Stadt und es ist ein hohes Gut, dieses zu erhalten. Wir wollen eine lebendige Demokratie, wir stehen zur Meinungsvielfalt und zur Freiheit der Einzelnen. Aber Freiheit hat dort ihre Grenzen, wo sie auf dem Rücken anderer Menschen ausgelebt wird. Es ist ein Phänomen unserer Zeit, dass der Zugang zu unendlich viel Wissen vielerorts sogar Unwissenheit befördert und Verschwörungstheoretiker fröhliche Urstände feiern. Umso größer ist die Verantwortung von Parteien. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, lautet der Auftrag Art. 21 unseres Grundgesetzes. Diese Arbeit ist mehr denn je notwendig, gerade auch wo es gilt, antidemokratischen



Kräften Einhalt zu gebieten!

Herzliche Grüße

## Kein Klonfleisch in der EU

Der Deutsche Bundestag hat den fraktionsübergreifenden Antrag „Kein Klonfleisch in der EU – für mehr Tier- und Verbraucherschutz“ beschlossen. Wir unterstützen die Bundesregierung darin, sich auf europäischer Ebene für ein Verbot des Klonens zur Nahrungsmittelproduktion einzusetzen.

Nicht alles, was in der Reproduktionstechnologie heute möglich ist, ist ethisch vertretbar. Das Klonen von Tieren mittels der Technik des Zellkerntransfers geht mit erheblichen Risiken und Belastungen für die Klone selbst und deren Ersatzmuttertiere einher. Nur ein geringer Prozentsatz der Klontiere erreicht überhaupt das

zuchtfähige Alter. Zudem nimmt bei allen Nutztierassen bereits jetzt die genetische Vielfalt ab, was durch den Einsatz der Klontechnik noch beschleunigt wird.

Ein Verbot des Klonens zur Nahrungsmittelproduktion macht deutlich, dass wir innerhalb der Europäischen Union auf eine tierschutzgerechte Nutztierzucht und -haltung setzen, die mit den Vorstellungen der Verbraucherinnen und Verbraucher vereinbar sind.

→ [Antrag „Kein Klonfleisch in der EU“](#)

→ [Mehr zur Debatte auf bundestag.de](#)

## Anreizprogramm Energieeffizienz

Auch wenn die geplante steuerliche Förderung energetischer Gebäudesanierung am Widerstand Bayerns gescheitert ist, sollen auf anderem Weg Anreize geschaffen werden, die Energieeffizienz im Gebäudebereich zu verbessern. Die bereits zugesagten Finanzmittel des Bundes für die steuerliche Förderung in Höhe von 165 Mio. Euro pro Jahr sollen für ein neues Förderprogramm „Anreizprogramm Energieeffizienz“ eingesetzt werden.

Das Programm soll eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Alternative zu der gescheiterten steuerlichen Förderung sein und die bestehende Förderlandschaft sinnvoll ergänzen.

Das „Anreizprogramm Energieeffizienz“ soll einen maßgeblichen Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und zum Gelingen der Energiewende beitragen.

→ [Mehr zum Thema](#)



Ulrich Brobeil (Geschäftsführer Deutscher Verband der Spielwarenindustrie), Ute Vogt, Yvonne Rixecker (Caritas) mit Kindern im Flüchtlingsheim

## Der Wert des Spielens

„Der Wert des Spielens“ stand beim Besuch der SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt in der Flüchtlingsunterkunft in der Mercedesstraße im Vordergrund. Anlass der Übergabe von Spielsachen unterschiedlichster Art ist die Aktion „Der Wert des Spielens“ des Frankfurter Vereins „Mehr Zeit für Kinder e.V.“ zusammen mit dem Deutschen Spielverband, einem Zusammenschluss von etwa 230 Spielzeugherstellern.

Auf Anregung von Ute Vogt wurde die Spende des Deutschen Spielverbandes in Stuttgart an die Flüchtlingskinder in Bad Cannstatt gegeben. Der Geschäftsführer des Verbands, Ulrich Brobeil,

kam persönlich zur Übergabe nach Stuttgart. Von den insgesamt 219 Bewohnerinnen und Bewohner sind 52 Kinder. Einige davon waren bei der Übergabe begeistert dabei und nahmen die Spielsachen nicht nur freudig entgegen, sondern sofort in Betrieb.

## Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung

Schwerstkranke und Sterbende gut zu begleiten und ihre Würde zu achten, gehört zu den wichtigsten Aufgaben einer menschlichen Gesellschaft.

Dank des Einsatzes vieler in der Hospizbewegung konnte bereits in den letzten Jahren einiges hin zu einer besseren Palliativversorgung verändert werden. Dennoch bleibt viel zu tun. Vor diesem Hintergrund hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland (Hospiz- und Palliativgesetz - HPG) beschlossen.

Ziel ist ein flächendeckendes Hospiz- und Palliativangebot in ganz Deutschland. Denn insbesondere im ländlichen Raum fehlt es noch an ausreichenden Angeboten.

Geplant ist unter anderem, die Hospizarbeit finanziell

besser zu fördern. Mit gezielten Maßnahmen und finanziellen Anreizen soll zudem die ambulante Palliativversorgung gestärkt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass in Altenpflege-Einrichtungen die Hospiz- und Palliativversorgung ausgebaut werden soll, denn viele Menschen verbringen ihre letzten Lebensmonate dort. Dafür braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen Pflegeeinrichtungen, Hospizdiensten und Ärzten. Um überhaupt zu wissen, welche Möglichkeiten es gibt, sollen Versicherte und ihre Angehörigen künftig einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die Krankenkasse bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung erhalten.

→ [Gesetzentwurf der Bundesregierung](#)

## Aktuelle Fördermittel aus dem BMAS

Laufende Projekte, die derzeit in Stuttgart mit Mitteln des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert werden:

Im Rahmen des „Ausgleichsfonds für überregionale Vorhaben zur Teilhabe schwerbehinderter Menschen“ erhält die Handwerkskammer Stuttgart Fördermittel für ihr Projekt „Implementierung von Inklusionskompetenz“ (100.000 Euro).

Im Rahmen des Bundesprogramms „Bleibeberechtigte und Flüchtlinge II“ erhält die Werkstatt PARITÄT Förderung aus den Haushaltsmitteln des BMAS und dem Europäischen Sozialfonds (insgesamt 1,46 Mio. Euro).

## Bürgeranliegen

Diesen Monat erreichten uns u.a. Zuschriften zu den Themen Fracking, Vorratsdatenspeicherung, Tarifeinheit, Pauschalreiserichtlinie, Mindestlohn, ÖPNV und Parken in Stuttgart.



### Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711 - 5188 90 10  
Fax: 0711 - 5188 90 20  
E-Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)

### Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 - 227 72894



[www.ute-vogt.de](http://www.ute-vogt.de)



[www.twitter.com/UteVogt](https://www.twitter.com/UteVogt)



[www.facebook.com/ute.vogt](https://www.facebook.com/ute.vogt)